

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Ermächtigungsgesetz.

Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, von dem in letzter Zeit dauernd gesprochen wird, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentempfänger in der Sozialversicherung sowie der Rententner.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichsrat.

Das Ermächtigungsgesetz ist heute vormittag im Reichsrat mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Dagegen stimmten Bayern, einige preussische Provinzialvertreter und Mecklenburg-Strelitz, während sich Thüringen der Stimme enthielt.

Die Aussprache im Reichstag.

Der Reichstag wurde heute um 12 1/2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird auf kommunistischem Antrag hin beschlossen, das Ermächtigungsgesetz vorläufig noch von der Tagesordnung abzusehen, da es dem Hause noch nicht gedruckt vorliegt. Ein weiterer kommunistischer Antrag, der sich gegen das Verbot der kommunistischen Presse in Bayern richtet, wird mit der politischen Aussprache verbunden.

Das Haus tritt darauf in die Besprechung der Rede des Reichstagsleiters ein.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Vor einer Woche war die politische Situation noch verhältnismäßig einfach. Dann kam plötzlich überraschend die Regierungskrise, die alles auf den Kopf stellte. Bisherige Freundschaften und Liebesbeziehungen hat es auch bei früheren Gelegenheiten gegeben, aber noch niemals sind Parlament und Volk in einer so unerwarteten und so unheimlichen Weise mit einer Krise überfallen worden wie in der vergangenen Woche. (Beifällige Zustimmung.) Dieser Vorstoß muß noch geklärt und seine Urheber müssen noch festgestellt werden. Einsehen ist die Regierungskrise beiseite. Das Kabinett tritt in seiner alten parteipolitischen Zusammensetzung wieder vor den Reichstag, aber wir treten diesem Kabinett nach diesen Erfahrungen mit ganz anderen Empfindungen als vorher gegenüber. Denn solche Tage wie die der letzten Woche müssen tiefe Spuren hinterlassen.

Wir billigen das Aufgeben des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr durchzuführen war. Wir hörten mit Entsetzen, daß in der letzten Woche die Finanzierung dieses Widerstandes 7000 Billionen erforderte. Der schwerste Vorwurf trifft das Kabinett Cuno und die verantwortlichen Minister, daß sie das deutsche Volk über diese Tatsachen im unklaren gelassen, daß sie eine Politik der Verschleierung und Illusion getrieben haben. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Die Nachfolger Cunos sollen nun gesteinigt werden, weil sie ein unmögliches Unternehmen zu liquidieren genötigt sind. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß die Einleitung des passiven Widerstandes notwendig war und notwendig als Protest gegen den französischen Einbruch, der dem Völkervertrag und dem Versailler Vertrag widerspricht. Aber die Regierung Cuno hat auf den Heben Gott und England gehofft und die Hände in den Schoß gelegt. Als Außenminister von Rosenberg einfach, daß der Widerstand auf der Höhe und die günstigste Zeit zu Verhandlungen gekommen war, da wurde die Verwirklichung dieser Erkenntnis verhindert durch den Druck gewisser Kreise. Hinzu kam eine gewisse Demoralisation im Ruhrgebiet. Kreise, die uns allen bekannt sind, haben die ihnen aus der Staatskasse überwiesenen Mittel benutzt, um damit den Kampf gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Währung zu führen. (Abg. Dr. Heisterich: Namen und Beweise!) Namen und Beweise sind oft genug genannt worden. (Unruhe rechts.)

Es ist eine abgrundtiefe Heuchelei.

Wenn im deutschnationalen „Total-Anzeiger“ die Anspannung aller Mittel zur Fortsetzung des Widerstandes gefordert wurde, während kurz vorher dieselben Kreise gegen die neuen Steuern protestiert und zu ihrer Sabotage aufgefordert hatten. (Beifällige Zustimmung links.) Die Deutschnationalen waren immer nur bereit, die Opfer der anderen zu bringen. Sie hehen zum Krüge mit Frankreich, obwohl sie wissen müssen, wie wahnwichtig ein solcher ist. (Unruhe rechts!) Wir verlangen Aufklärung, ob es richtig ist, daß zu legendärem Zeitpunkt England der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstandes empfohlen hat. Die Separatistenputzche, die von französischen Kreisen unterstützt werden, ändern nichts daran, daß die Bevölkerung des Rheinlandes niemals die Trennung vom Reich und die Bildung eines selbständigen Reiches will. Die Rheinlande sind deutsches Land und müssen es bleiben. (Beifällige Beifall.) Wenn Poincaré jetzt, in der Hoffnung auf das deutsche Chaos, jeder Verständigung Widerstand entgegensetzt, so kann es nicht angehen, daß unter der Einflüsterung eines einzelnen Politikers nicht nur Deutschland, sondern Europa zugrunde geht. Wir verlangen andererseits, daß die Regierung nichts unversucht läßt, zu einer direkten Verständigung mit Frankreich zu kommen. (Unruhe rechts.)

Denn der Gedanke wäre unerträglich, daß die deutsche Regierung durch eigenes Versäumnis nicht in der Lage sein sollte, mit der französischen Regierung zu Verhandlungen zu kommen.

men in einem Zeitpunkt, wo Herr Stinnes den Weg zu General Degoutte gefunden hat.

Der Rüstler Puffsch war nur eine Episode in einer großangelegten Bewegung. Hoffentlich ist das energische Einschreiten der Reichswehr nicht dadurch bedingt worden, daß man die Bewegung als nationalistisch-kommunistisch bezeichnete. Der Reichswehrminister sollte die Pressezensur über den Rüstler Puffsch wieder aufheben. Diese Methode des Krieges sollte der Reichswehrminister nicht wieder anwenden, und ich erwarte mit aller Bestimmtheit, daß er ungekürzt diese Zensur wieder aufhebt. (Schluß in der Morgenausgabe.)

Pressepolemik im Zentrum.

Gegen das Blatt des Herrn Stegerwald, den „Deutschen“, wendet sich in ihrer Sonntagsausgabe die „Germania“ mit ungewöhnlicher Schärfe. Sie schreibt:

Die Unterfuchung darüber, wie weit der „Deutsche“ in der Diskreditierung der Großen Koalition und des Parlaments mitgewirkt, inwiefern seine Haltung den Mut der Urheber der trockenen Bultsche gestärkt hat, wollen wir der Auseinandersetzung vorbehalten, die der „Deutsche“ am Sonnabend abend ankündigt. Daß sie nicht einseitig geführt werden wird, soll dem Blatte schon jetzt versprochen werden. Für heute wollen wir uns damit begnügen, seine scharfsinnige Entdeckung, daß die ganze Geschichte eine abgelaufene Sache zwischen der „Börsen-Zeitung“, dem „Vorwärts“ und der „Germania“ mit dem Ziel der Errichtung der „Kleinen Koalition“ gewesen sei, einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen, schon deshalb, weil in diesen ernsthafte Zeiten ein herzhaftes Lachen befreiend wirkt. Das gegenseitige Zitieren findet der „Deutsche“ juchend verdächtig. Vernünftige Meinungen übernimmt man gern, ganz gleich, in welcher Zeitung sie vertreten werden, und wenn das Blatt den Kreis der Zeitungen, die sich gegenseitig zitieren, zu eng findet, so mag es selbst überlegen, warum die Zitate in deutschen Blättern durch den „Deutschen“ keine Beleidigung erfahren. Es ist nicht unsere Schuld, wenn man den „Deutschen“, sofern man ihn überhaupt beachtet, in der Hauptsache in totemischem Zusammenhang nennt.

Der Mut, mit dem die „Germania“ den dunklen Treibern im eigenen Lager entgegentritt, ist anerkennenswert. In allen bürgerlichen Parteien sind es die geschworenen Feinde der Sozialdemokratie, die auf die Sprengung der Regierungskoalition hinarbeiten. Man soll sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei hüten, sie zu unterstützen.

Gefler, Zeigner und Ausnahmezustand.

Dresden, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Von verschiedenen Seiten wird die Nachricht verbreitet, daß Ministerpräsident Dr. Zeigner auf der Freitagssitzung der Parteinstanzen der Sozialdemokratie erklärt habe, der Reichswehrminister Dr. Gefler habe mitteln lassen, er werde die angekündigte Mitteilung Zeigners über ihn und die Reichswehr und ihre Verbindungen mit Geheimorganisationen, die am kommenden Dienstag im Landtag gemacht werden soll, nicht dulden.

Die Meldung trifft, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in dieser Form nicht zu. Schon in einer früheren Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion hat der Ministerpräsident mitgeteilt, daß am 29. September d. J. der Major Uth im Auftrage des Wehrkreiskommandos dem Verbindungsmann des Ministeriums des Innern, Staatsanwalt Dr. Thierbach, unter anderem die Mitteilung gemacht hat, das Wehrkreiskommando habe davon Kenntnis erlangt, daß auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Sächsischen Landtages u. a. der Fall Zeigner-Gefler stehe. Das Wehrkreiskommando halte es nicht für zweckmäßig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Person des Militärbevollmächtigten in die Debatte zu ziehen. Er habe daher nach Berlin berichtet und um eine Anweisung gebeten. Er werde in dieser Angelegenheit nur auf Anweisung von Berlin aus handeln.

Das Wehrkreiskommando hatte in Aussicht gestellt, das Schreiben nach Berlin zuvor der sächsischen Regierung mitzuteilen. Ob das Wehrkreiskommando nach Berlin berichtet hat, ist der Regierung unbekannt. Ein Schreiben des Wehrkreiskommandos in dieser Angelegenheit ist ihr nicht vorgelegt worden.

Dollar 838 Millionen.

Die ungünstigen Ziffern des am Sonnabend veröffentlichten Reichsbankauswertes, der starke Kurssturz der Mark an der New Yorker Börse und die von Geschäftleuten strotzende Sonntagsrede Poincarés haben in Berliner Finanzkreisen die Befürchtung hervorgerufen, daß der Dollar am ersten Tage der neuen Woche die Zahl einer Milliarde überschreiten würde. Die Kursbewegung der Devisen im amtlichen Verkehr wurde jedoch wider Erwarten ziemlich stark von der vorläufigen Entspannung der innerpolitischen Lage beeinflusst. Infolgedessen setzte der Dollar weit unter der New Yorker Parität mit 790 Millionen ein. Im Verlaufe der ersten Börsensunde stieg er allerdings ziemlich plötzlich wieder auf 900 Millionen, da verlautete, daß die Programmrede Stinnes selbst in Koalitionskreisen nicht befriedigt habe. Auch die Erörterungen in der heutigen Generalkonferenz der Reichsbank trugen wesentlich zur Befestigung der Tendenz bei.

Diese Unsicherheit des Devisenverkehrs beeinflusste den Effektenmarkt, der bei Beginn fast geschäftlos lag, im weiteren Verlaufe sich aber kräftig belebte und eine sehr feste Tendenz zeigte.

Der mittlere amtliche Dollarkurs 838 Millionen.

Poincaré wiederholt sich.

Paris, 8. Oktober. (W.F.B.) Ministerpräsident Poincaré hielt in Ligny-en-Barrois die angekündigte Rede. Er behandelte darin zunächst die Beschlüsse im Ruhrgebiet in der bekannten Weise. Unter anderem hielt er die französische Darstellung der blutigen Vorgänge in Düsseldorf trotz des längst erbrachten Gegenbeweises nicht nur durch die amtlichen deutschen Feststellungen, sondern auch durch Berichte englischer Korrespondenten aufrecht. Sodann kam er auf die Ruhrfrage im allgemeinen und auf die Beziehungen zu England zu sprechen. Er führt aus: „Welches auch immer die Männer seien, die morgen die Geschichte Deutschlands lenken, wir wollen uns treu bleiben. Wir werden fortfahren, dauernde Bürgschaften

für unsere Sicherheit und für die Reparationszahlungen zu verlangen, und wir werden erst präzise Vorschläge entgegennehmen, wenn wir an Ort und Stelle festgestellt haben, daß der Widerstand aufgehört hat und daß die uns geschuldeten Sachlieferungen wieder einen normalen Verlauf genommen haben. Ich hoffe, daß mit der Zeit diejenigen unserer Alliierten, die unsere Haltung noch nicht gebilligt haben, sie schließlich zu beurteilen lernen. Die Publizisten, die in England eine demnächstige Wenderung der öffentlichen Meinung in Frankreich erhoffen, täuschen sich schwer. Sie brauchen nur die jüngst abgehaltenen Beratungen der Generalräte in Betracht zu ziehen. Außerdem werden sie ja auch sehen, daß die Mehrheit in den beiden Kammern die Regierungspolitik billigen wird. Wollen wir uns übrigens unter Alliierten janken und nicht versuchen, uns zu verstehen? Gemisse Freunde sagen uns: Ihr habt Unrecht, Euch an dem Versailler Vertrag zu klammern, er ist unausführbar. Warum sollen wir nicht antworten: Wenn er unausführbar ist, weshalb habt Ihr ihn unterschrieben? (1) Was schloßen uns diejenigen vor, die uns kräftigsten? In letzter Linie immer eine Herabsetzung unserer Forderungen. Man sagt, daß Deutschland nicht bezahlen könne, was es schulde, und gibt nicht zu, daß wir durch die Ruhrbesetzung

ein gutes Mittel in Händen halten,

um uns bezahlt zu machen. Man vergißt, daß in dem Augenblick, in dem wir in Essen einzogen, Deutschland sich für unfähig erklärt hatte, zu bezahlen, und daß ein Moratorium für mehrere Jahre verlangte. Hätten wir das Ruhrgebiet nicht besetzt, so würden wir heute angesichts eines verfallenden Schuldners mit leeren Händen dastehen. Jetzt haben wir aber Pfländer in Händen. Gewiß hat Deutschland alles Mögliche unternommen, um uns daran zu hindern, sie auszubenten. Aber das wird ihm nicht gelingen, denn es hat selbst ein Interesse daran, daß die Industrie im Ruhrgebiet nicht paralysiert wird. Ich glaube nicht, daß es zwischen dem Standpunkt des englischen Premierministers und dem unsererigen einen unüberbrückbaren Gegensatz gibt. Ich habe das französische Programm im Selbstbuch entwickelt.

Ich habe daran nichts zu ändern.

Freundschaftliche und vertrauensvolle Verhandlungen wie die, die jüngst mit Baldwin geführt wurden, können erneuert werden, um die Entente wieder fester zu gestalten. So bedeutsam übrigens auch die Reparationsfrage ist, sie ist nicht der einzige Gegenstand, den Frankreich und England miteinander gemeinsam zu behandeln haben. Hoffen wir, daß die Regelung, die uns am meisten interessiert, die Bezahlung unserer Schäden und die Liquidierung der alliierten Schulden bald durch gemeinsame gute Absichten glücklich gelöst werden könne. Keine Nation hat einen aufrichtigeren Wunsch danach als Frankreich.

Nach anderen Berichten soll Poincaré u. a. auch erklärt haben, die deutsche Reichsregierung kämpfe mit unlöslichen Schwierigkeiten, an denen aber Frankreich keine Schuld trage. Man muß sich fast darüber wundern, daß er nicht gar behauptet hat, die französische Politik sei seit Kriegsende und besonders unter seiner Leitung stets von dem Bestreben geleitet worden, die deutsche Demokratie durch verständnisvolle Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands zu unterstützen, und die Befegung des Ruhrgebietes sei lediglich zu dem Zwecke unternommen worden, die Mark zu stabilisieren und die rechts- und linksradikalen Parteien zu schwächen. . . .

Stinnes und Degoutte.

Paris, 8. Oktober. (E.F.) Der „New York Herald“ und das „Echo de Paris“ veröffentlichen heute das erste Mal nähere Einzelheiten über die Besprechungen zwischen General Degoutte und den deutschen Großindustriellen unter Führung von Hugo Stinnes. „New York Herald“ schreibt, daß man in den offiziellen Kreisen von Paris der Wiederaufnahme der Reparationsleistungen innerhalb einer Woche voraussetze. Die Unterredung zwischen Degoutte und Stinnes sei allerdings nur als ein Provisorium anzusehen. Aus Brüssel sei in Paris eine Meldung eingetroffen, wonach die deutsche Großindustrie einen Plan aufgestellt habe, worin sie die Zahlung von 2 1/2 Milliarden Goldmark jährlich vorschläge. Zwischen der belgischen Regierung und Hugo Stinnes beständen Uneinigkeiten insofern, als Hugo Stinnes die Aufgabe des „Stundentages“ fordert. Frankreich habe zu dieser Frage bis jetzt noch keine Stellung genommen. Stinnes und die anderen Großindustriellen hätten vorgeschlagen, ihren Einfluß zu verwenden, um die Arbeiter zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie hätten aber als Bedingung gestellt, daß ihnen die Erlaubnis gegeben werde, Waren aus der Ruhr auszuführen, wenigstens so viel, um genügende Devisen für die Bezahlung der Arbeiter einzubringen. Es sei wahrscheinlich, daß die Befehlsmächte diese Forderung annehmen werden. Die Befehlsmächte fordern aber, daß die 26 Prozentige Ausfuhrsteuer bezahlt und in Sachlieferungen sofort aufgenommen werde. Wenn diese Vorbedingung erfüllt worden ist, so würden Verhandlungen zwischen England und Frankreich ausgenommen werden, um den endgültigen Reparationsplan festzusetzen.

Nach dem „Echo de Paris“ ist Frankreich fest entschlossen, sich mit der Berliner Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit in der Ruhr zu besprechen. Frankreich werde vorsichtig sein.

Berliner Bezirksparteitag.

Gestern tagte die zweite Fortsetzung des Berliner Bezirksparteitages. Trotz dreitägiger Sonntagsarbeit gelang es auch gestern nicht, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Obgleich mit einer Mehrheit von vier Stimmen (219 gegen 215) beschlossen wurde, die Wahlen des Bezirksvorstandes sofort vorzunehmen, stellte sich nachher heraus, daß dieses Verfahren technisch unmöglich war. So wurde denn beschlossen, den Bezirkstag am 21. Oktober fortzusetzen, inzwischen aber die Wahlen in den Abteilungen und Kreisen vorzubereiten.

Zunächst hatte der Parteitag nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, vor Erledigung der weiteren Tagesordnung, von zwei Reichstagsabgeordneten, den Genossen Herz und Aufhäuser, einen

Bericht über die politische Lage

entgegenzunehmen. Unter großer Unruhe des Bezirkstages begann Genosse Dr. Herz seinen Bericht:

Somit es möglich ist, werde ich versuchen, die verschiedenen Anschauungen der Fraktion kurz zusammenzufassen. Dabei will ich gleich betonen, daß es falsch ist, von Mehrheit oder Minderheit in der Fraktion zu sprechen, weil sich das Mehrheitsverhältnis bei den verschiedenen Abstimmungen stets gewandelt hat. Ich glaube, dieser Hinweis zeigt bereits, daß die Lage nicht immer so eindeutig war, daß man sie von vornherein nach einem festen Schema lösen konnte. Jedem einzelnen von uns ist die Entscheidung, die er persönlich getroffen hat, außerordentlich schwer gefallen. Die Krise ist am vergangenen Dienstag entstanden, als in einer Parteiführerbesprechung die Richtlinien der Regierungserklärung besprochen wurden. In dieser Besprechung sind die Meinungen, die vorher in der Presse über Unstimmigkeiten der bürgerlichen Regierungsparteien aufgetaucht waren, durch Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei als richtig bewiesen worden. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß Dr. Scholz im Auftrage seiner Fraktion drei ganz bestimmte Forderungen für diese Regierungserklärung aufstellte, und für sie von den anderen Parteien die Zustimmung verlangte. Die erste dieser Forderungen war die

Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung.

die zweite die Aufhebung der Verordnung über den Achtstundentag und die dritte bestand in der Forderung, das Finanzministerium anders zu besetzen. Die erste Forderung ist ohne jede Diskussion von der Fraktion abgelehnt worden. (Gelächter und Zurufe.) Wenn ich das betone, so hat das einen besonderen Zweck. In einer der Kreismitgliederversammlungen am Donnerstag, in der der Genosse Bernstein referierte, ist behauptet worden, daß sich zwei Mitglieder der Fraktion, darunter der Genosse Severing, für die Aufnahme der Deutschnationalen ausgesprochen hätten. Als Genosse Bernstein diese Behauptung als unrichtig bezeichnete, wurde ihm sogar gesagt, daß man dafür den Wahrheitsbeweis antreten wolle. Deshalb ist es wichtig, festzustellen, daß in dieser Frage nicht die geringste Meinungsverschiedenheit bestand. (Zuruf: Großes Verdienst!) Wenn solche völlig beweislosen Behauptungen, die das Parteileben vergiften müssen, jetzt wider die Wahrheit in das Parteileben hineingetragen werden, dann weiß ich nicht, wie die Austragung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten möglich sein soll. (Zustimmung.) Das Verlangen nach Aufnahme der Deutschnationalen und die anderen Forderungen waren einfach eine Ausführung des Diktats der Schwerindustrie; denn bei den späteren Verhandlungen hat es sich gezeigt, daß nicht nur Zentrum, Demokraten, sondern auch ein Teil der Deutschen Volkspartei sich nicht ohne weiteres diesem Diktat der Schwerindustrie fügen wollten. Die Fraktion hat mit keiner Mehrheit beschlossen, die Forderung der Deutschen Volkspartei bezüglich des Achtstundentages abzulehnen. Aber unter der Minderheit von 54 Genossen, zu denen ich auch gehörte, bestand sich niemand, der den Achtstundentag einem Diktat der Deutschen Volkspartei preisgeben wollte. (Unruhe.) Darüber kann nur der urteilen, der den Verlauf der Debatte in der Fraktion kennt. Es handelte sich nur darum, eine Lage zu schaffen, die für die Verteidigung des Achtstundentages günstiger war. Die Minderheit wollte der Deutschen Volkspartei die Verantwortung dafür zuschieben, daß in dieser Zeit eine Regierungskrise wegen rein theoretischer Fragen ausbrach. Jetzt ist nun eine Formulierung in dieser Frage gefunden worden, die etwa das Gegenteil dessen darstellt, was die Deutsche Volkspartei wollte. Sie geht zurück auf die Novembernote der Wirth-Regierung, in der zugejagt wird: Neuregelung des

Arbeitstages unter prinzipieller Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Diese Formel ist ein großer Vorteil gegenüber den Forderungen der Volkspartei. Aber niemand glaube, daß der

Achtstundentag im Parlament geregelt

werde. Das würde heißen, das Parlament ungeheuer zu überschätzen. Der Widerstand im Parlament zeigt sich, weil sowohl in der Welt, als auch in Deutschland der Achtstundentag praktisch abgebaut wird. Die kommende Krise (Zurufe: Die Krise ist doch schon da! Unruhe) soll dazu den besonders günstigen Anlaß geben. Der Achtstundentag ist in Deutschland solange gesichert, als wir eine vollbeschäftigte Industrie haben. Nur dann haben die Gewerkschaften und die Arbeiter die Kraft, die Gefahren abzumehren. Sehen Sie doch ins Ausland! Wo ist der Achtstundentag noch durchgeführt? Er ist überall dort verloren gegangen, wo die

Arbeiterklasse durch die Wirtschaftskrise zermürbt

war. (Zuruf: Dann muß sich das Parlament schützend vor die Arbeiter stellen!) Das haben wir auch getan. Was aus gesetzgeberischem Wege gegen den Ansturm der Schwerindustrie geschehen konnte, ist geschehen. Der Kampf um den Achtstundentag hat noch gar nicht begonnen. Die Kräfte, die für ihn eintreten, werden Gelegenheit haben, sich dafür einzusetzen. Der Achtstundentag ist bis jetzt aufrechterhalten. Ausnahmen können nur durch gesetzliche Regelung und tarifliche Verhandlungen bestimmt werden. (Zurufe.) Es kann solche Ausnahmen geben. Wie stellen Sie sich eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung vor, wenn der Zustand bleibt, daß wir

mehr als die Hälfte der Kohle aus dem Auslande einführen

müssen. Das bedeutet ein ungeheures hinaufstreben der Preise und ein Senken des Reallohnes. (Zurufe: Senftenberg. Warum feiern die Bergleute?) Das ist ein ungeheurer Skandal, wenn in Senftenberg und Obersiebenbrunn Feiertagsarbeiten eingelegt werden. Aber wenn auch überall gearbeitet wird, genügt das dennoch nicht, um damit den ganzen deutschen Bedarf zu decken. Es ist nicht meine Auffassung, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit an sich schon eine Vergrößerung der Produktion darstellt. Es fragt sich nur, ob nicht unter bestimmten Voraussetzungen, über die Gesetzgebung und Gewerkschaften reden sollen, Ausnahmen zulässig sind. (Erregte Zurufe: Sehen Sie doch mal ins Bergwerk! und ähnliches.)

Mit Zustimmung der Bergarbeiter

ist fast zwei Jahre hindurch im Ruhrgebiet von den Bergleuten über den Siebenstundentag hinaus gearbeitet worden. Ich persönlich habe die Auffassung, daß bei Fortdauer der Unruhe in der Wirtschaft solche Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu der erhofften Steigerung der Produktion führen wird. Aber wenn es zu einer Stabilisierung der Wirtschaft kommt, kann diese Weharbeit doch als ein gangbarer Weg angesehen werden. Wir haben also zunächst erreicht, daß das Diktat der Schwerindustrie abgewehrt wurde. Doch die Schwerindustrie die Absicht hatte, daß alle sozialpolitischen Angelegenheiten auf dem Wege der Ermächtigung geregelt werden sollten, ist so in der Dessenlichkeit noch gar nicht besprochen worden. Die Schwerindustrie verlangte die Aufhebung der Zwangswirtschaft von der Kohle bis zu den Weizen. Grundfällige Forderungen im Tarifvertragswesen u. a. m. Auch diese Dinge werden durch unsere Vereinbarung auf dem Wege der Gesetzgebung und nicht auf dem der Verordnung geregelt. Was wir über das Ermächtigungsgesetz vereinbart haben, ist von größter Wichtigkeit. Das Ermächtigungsgesetz, das ursprünglich ohne jede Einschränkung laufen sollte, ist jetzt bis Ende März nächsten Jahres befristet. Es ist

gebunden an den Bestand dieser Regierung

und an die parteipolitische Zusammenfassung dieser Regierung, d. h. daß keine Maßnahme auf sozialpolitischem Gebiet von der Regierung durchgeführt werden kann gegen den Willen unserer Genossen. Das ist eine stärkere Position als im Parlament, denn dort entscheidet die Mehrheit, der wir uns fügen müssen, wenn wir nicht die Gelegenheit zum völligen Bruch für günstig halten. Wichtig ist, daß die Verordnungen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft gesetzt werden müssen, und daß sich die Ermächtigung nicht erstreckt auf die Unterstützung der Kleinrentner, die Sozialen und Erwerbslosenfürsorge usw. Man braucht diese Zustände der bürgerlichen Parteien nicht zu hoch einzuschätzen. Doch in den Fragen von entscheidender Bedeutung sind die

Forderungen der Schwerindustrie nicht erfüllt

worden. Jene Leuten mußten einen Rückzug in aller Dessenlichkeit

antreten. (Zuruf: Seid ihr aber Optimisten!) Wer die schwerindustriellen Blätter gelesen hat, der weiß, daß der Kampf geführt wurde, um der Sozialdemokratie eine eklantante Niederlage zuzufügen. (Zuruf: Das ist doch geschehen!) Wer da meint, daß das geschehen sei, der kann nur von der Auffassung ausgehen, daß wir unseren Einfluß kleiner darstellen lassen als er ist. (Stürmische Unterbrechungen. Zurufe: Und Hosenstein?) Für den Artikel im „Vorwärts“, der den Rücktritt Hosensteins in drei Tagen forderte, bin ich und nicht die „Vorwärts“-Redaktion verantwortlich. Ich kenne die Schwierigkeiten, die dem Rücktritt Hosensteins entgegenstanden und wollte sie aus dem Weg räumen. (Unterbrechungen.) Ich sage meine Meinung auch dann, wenn ich nicht darauf rechnen kann, von Beifall begleitet zu werden. (Sehr gut!) Am Fall Hosenstein zeigt sich nicht die Schwäche der Sozialdemokratie, sondern er kennzeichnet die Feigheit jener Leute in Wirtschaftskrisen- und Finanzkrisen, die über die Ohnmacht des Staates nicht genug jammern oder spotten können, die sich aber weigern, einen verantwortungsvollen Posten zu übernehmen, die immer elend zurückziehen, wenn sie solche Posten übernehmen sollen. (Sehr gut!) Ich will über die vielen Gründe, die die letzte Mehrheit in der Fraktion bewogen haben, die Wiederherstellung der Koalition als das kleinere Übel anzusehen, nicht viel sagen. Jeder, der in der Fraktion diesen Schritt mitgemacht hat, hat es getan, nachdem er sich ernstlich und verantwortungsvoll die Dinge überlegt hat. Niemand ist in der Fraktion gewesen, der nicht gesehen hätte, daß auch dieser Weg große Gefahren für die Arbeiterklasse mit sich bringt. Aber wir, die wir zugestimmt haben, glauben das kleinere Übel gewählt zu haben. Wir glauben nicht,

an die Stelle der legalen Diktatur die illegale Diktatur setzen

zu dürfen. Wir glauben, die Rechte, die wir errungen haben, schützen zu müssen vor dem entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse, den ihre Gegner, gestützt auf die Welle, die von Bayern herabbraust, zu führen beabsichtigen. So sehr ich nicht verkenne, daß der jetzige Beschluß die Gefahren nicht beseitigen konnte, so sehr bedauere ich, daß wir noch einen letzten Versuch machen mußten zur Erhaltung der Republik. Es kommt uns darauf an, die Kräfte zu stärken, die wir nötig haben, wenn die Koalition zum entscheidenden Schlag ausholt. (Beifall.) Als Korreferent sprach

Genosse Aufhäuser:

Für die Minderheit hat die Frage der großen Koalition angeht, eine rein parteipolitische Frage zu sein. Für uns ist die Frage der großen Koalition de facto entschieden. Ich glaube nicht an die Spaltung der Volkspartei. Aber wer glaubt, daß sich daraus eine andere Lage ergeben könnte, der ist im Irrtum. (Sehr richtig.) Wir haben von der Minderheit immer darauf hingewiesen, daß ja diese freche Provokation, der glatte Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der großen Koalition, ja nicht von heute auf morgen gekommen ist. Dieses Programm war längst entwickelt, wie ja auch aus den Ausführungen des Geheimrats Bücher im Reichswirtschaftsrat eindeutig hervorging. Er verlangte, daß die Zustimmung zur Wirtschaftsreform abhängig gemacht werde von der Aufhebung der Vermögensumschmelzungen, der Abschaffung des Achtstundentages, der Betriebsräte, der Betriebssteuer ohne ihren Ersatz durch eine andere Steuer. Er verlangte, daß die Reste der Zwangswirtschaft verschwinden und den Schutz der Arbeitswilligen. Diese Entwicklung, das Vordringen der Reaktion, wird man nicht aufhalten können. Die Koalition ist nach unserer Auffassung doch nur eine Episode. Wir bestreiten nicht, daß die Formulierung des Ermächtigungsgesetzes eine andere ist als früher. Aber, daß man demonstrativ verlangen konnte, den Achtstundentag abzuschaffen, zeigt welchen Grad der Anzweiflung auf der anderen Seite erreicht hat. Es kommt ihnen darauf an, die Weharbeit ohne Bezahlung zu erhalten. Gerade Genosse Herz hat vor einem halben Jahre in seinem vortrefflichen Buch den Nachweis geführt, daß die Arbeitsintensität in Deutschland nicht nachgelassen habe und daß nicht die kurze Arbeitszeit, sondern

die Vernachlässigung der technischen Hilfsmittel

schuld sei an der Verminderung der Produktion. Es ist nicht richtig, wenn vom Genossen Herz behauptet wird, daß die behördliche Regelung des Achtstundentages nicht zulässig sei; denn gesetzliche Regelung zieht die behördliche nach sich. Der Reichsanwalt Stresemann selbst hat die angemessene Formulierung nicht einmal präzise zum Ausdruck gebracht. Ich will nicht verschweigen, daß man nachträglich zugegeben hat, daß es sich um einen Fehler des Reichsanwalts handelte. (Gelächter.) Wenn die gesetzliche Regelung zu keinem Ergebnis führt in der Frage der Arbeitszeit, dann kommt doch der Verordnungswege. Die Frage des Achtstundentages ist praktisch zu unseren Ungunsten entschieden. Man hat doch den Gewerkschaften Hände und Füße gebunden. (Sehr wahr.) Wenn der Versuch der

Herbstabend.

Von Otto Reichert.

Ein Dunstschleier liegt über der großen Stadt. Durch graue Straßen quellen dunkle, trübe Massen. Ein Werttag ist zu Ende. Das purpurne Rot am Abendhimmel eines milden Herbsttages verleiht dieser Stunde der Nacht etwas Feierliches. Erstaut bilden die müden Menschen hinauf in den unendlichen Raum. Hinter diesen Dunstschleiern ahnen sie die reine Luft, die sie nicht kennen, einen Raum von Helle, Ausruhen und Besinnen. In Gruppen stehen sie vor ihren Boscaren, auf ihren Plätzen mit beschneitem Grün, auf dem kümmerliche Kinder spielen. Einen Moment schweigen sie von ihren Sorgen, blicken in diesen Abend, der ihnen ein Farbenpiel von ungeheurer Kraft und Schönheit vorgaukelt. Ihre erloschenen Augen sind nach innen gekehrt, suchen in weiten Fernen. Etwas wie langames, erstauntes Erinnern, etwas wie vage Hoffnung ist in ihrem Starren. Um ihre gequälten Lippen steht ein verlorenes Lächeln.

Langsam wandelt sich das glühende Firmament in sanftes Rosenrot, bis die ersten Schatten der Dämmerung den verblenden Tag in ihre silbernen Arme schließen. Langsam streicht die Nacht über die gefurchten Stirnen, wie eine Mutter beim müdem Kind. Behutsam breitet sie ihren Mantel über die große Stadt mit ihren Menschen und ihrer Last.

Im Schlaf leuchtet aus ihrem Antlitz der Widerschein dieses Abends: Die Hoffnung auf einen anderen Tag.

Gymnastik — Schaustellung — Dilettantismus.

Unter den im Laufe der Zeit recht zahlreich gewordenen Schulen für moderne Körperkultur (Duncan, Dalcroze, Rensendick, Bodenstam usw.) zeichnet sich das System des Hoffmeisters Rudolf Bodemann aus, daß seine Methode auf einer einfachen, klaren und logischen Theorie aufgebaut ist. „Wiederbelebung der Bewegungstotalität“ heißt das Ziel. Alle körperliche Bewegung geht vom Rumpf aus und pflanzt sich gewissermaßen automatisch in die Gliedmaßen fort. Dadurch wird einseitige Inanspruchnahme einzelner Teile des Körpers vermieden und eine umfassende, einheitliche, organische Entwicklung der gesamten Körperbewegung erreicht. Einfache Entspannungs- und Schwingungsübungen sind die Grundlagen, von denen ausgehend die Boden-Schule über die natürlichen Arbeitsbewegungen (Ziehen, Stoßen, Sägen, Strömen, Schöpfen usw.) zu mehr oder weniger komplizierten Tanzbewegungen gelangt.

Im Blüthner-Saal führte uns Dr. Bode einen Teil seiner Schüler und Schülerinnen vor. Wir lernten die Bekehrmethode in allen Stadien kennen und konnten uns ein Urteil über ihren praktischen Wert bilden. Danach handelt es sich um eine in ihrer Art vorerfährte Schule rhytmischer Gymnastik. Die als Vorschule für die eigentlich künstlerische Körperkultur gute Dienste leisten

kann. Aber eben nur als Vorschule. Denn ihre auf die mechanische und animalische Bewegung gerichtete Tendenz schließt an sich den Ausdruck des Seelischen aus oder beschränkt ihn doch auf allerprimitivste Regungen. Wir erfreuen uns an den freien, in ihrer natürlichen Hemmungsfähigkeit reizvollen Bewegungen anmutiger Lebewesen, die auf der höchsten erreichbaren Stufe gewisse, rein sinnliche, dekorative Wirkungen auslösen können. An der Grenzscheide, wo die körperliche Rhythmik zum Ausdrucksmittel von Gesängen, Stimmungen und Visionen wird, schließt die Boden-Schule ab. Was ihre Zöglinge bieten, ist Gymnastik und hat mit Kunst nichts zu tun. Das ist kein Tadel, sondern nur eine Feststellung.

„Tänze des Grauens und der Ekstase“ nennt Anita Verber die turnerischen Übungen, die sie zusammen mit einem Herrn Sebastian Droste — beide bis über die Grenze der Bannteile hinaus entkeimt — im Blüthner-Saal produzierte. „Röder“, „Die Guillotine“, „Selbstmord“, „Haus der Iren“, „Morphium“ hießen die Nummern des Programms. Wer aber geglaubt hätte, daß er hier das Gruseln lernen könne, wurde enttäuscht. Die Wirkung war Gähntrampf. Das Ganze bedeutete überhaupt weniger eine künstlerische Veranstaltung als eine Schaustellung der Dome Verber, deren Namen durch Dinge, die mit Kunst nichts zu tun haben, der Dessenlichkeit bekannt geworden ist. Reugier und Sensationslust erklärte die Riesenfülle der Besucher.

Enttäuschung anderer Art bereitete an derselben Stelle ein Fräulein Walburga Sauer. Eine ahnungslose Dilettantin, die mit einstudierten hölzernen Marionettenbewegungen Musik von Chopin, Grieg u. a. tänzerisch zu paraphrasieren sich erlaubte. Sie nannte die Vorstellung ihren „Einzigen Tanzenabend“. Hoffentlich hält sie an diesem Versprechen fest. John Schifowski.

Staatsoper („Lohengrin“). Die „Lohengrin“-Aufführung unter Kleibers Leitung bedeutete eine vollständige Neueinstudierung. Es schien von Grund aus geübt, geprobt, revidiert, vom letzten Trompetenpuls bis zur Konzertmeistergeige, vom Statisten bis zum Lohengrin. So kam eine Gesamtleistung von Rang zuwege, ja, der Zusammenklang und Zusammenhalt von Szene und Musik, Sängern und Orchester war gelegentlich von einer so eminenten Erquicktheit, daß mehr Voderheit in der Dressur gewünscht werden konnte. Kleiber scheint ein Arbeitsstarrkopf zu sein, einer der durch das Beispiel eigenen überspannten Fleißes auch die anderen zur Wehrleistung zwingt. Das schadet weder den Orchestermusikern noch den Chören und Einzelsängern. Gestern merkte man, wie gut Arbeit tut, auch wenn man glaubt, schon ein Virtuos zu sein. Kleiber dirigiert mit großem, auf Effekt bedachten Schwung, stilistisch auch das romantisch breit Erzählende betonend. Die Solisten sind gebannt von seinem Etos, gezwungen von seinem Willen, einige schauten ängstlich auf jeden Fingerzeit. Es war ein blühendes wie Lehrer und Schüler gespielt, und der feilsche Ausdruck wurde im philologischen Detail unterdrückt. Dennoch: wenn so weitergearbeitet wird, kann aus der Staatsoper, die bereits 6 Wochen tolle Saisonen hat wieder etwas Lebendiges werden. Langsam wird man dann sehen, ob Kleiber mehr als Musikant als Regisseur, mehr Führer als Arbeitspferd ist, ob er dem routinierten Kapellmeister

oder den Ausertoren zugunsten ist. In der Branzell (Detrud) hatte er die beste Stütze, während die Elsa durchaus kein Format hatte. Brachtvoll gelangen sämtliche Chöre. R. S.

Der Ozeanfilm, den der Obergeringenieur Dreger in der Urania vorführt, findet mit Recht Beifall; denn Film und Begleitvortrag sind von anziehender Eigenart. Es handelt sich nicht um einen Reifeilm, der Landschaftseindrücke übermittelt, sondern man wird mit dem Leben und Treiben an Bord des Schiffes während der Fahrt bekanntgemacht. Man sieht die reichen Reizen die Zeit mit Essen, Trinken und Bordspielen verkürzen, die Schiffbesatzung in Ausübung ihres Berufes und jede Waldzine in Arbeit. Schauer haben es die Heizer. Gilt es doch, auf einem Ozeanriesen täglich 32 Eisenbahnwagen Kohlen zu verfeuern. Und Heizer und Kohlenzieher, die vor den Feuern stehen, verdienen ihr Brot nahezu übermenschlich schwer. Viele Arbeit den Menschen abzunehmen, muß für die Technik eine zu lösende Aufgabe sein. Hier wird in Zukunft die Maschine als Befreier der Menschheit von zu schwerer Arbeitslast eintreten. Obergeringenieur Dreger beschäftigt sich vielmalsprechend mit dem Problem der Seefilme. Sein Erfolg, der u. a. in einer erstaunlichen Veranschaulichung der Tätigkeit der Schiffsmechanik besteht, sagt ihm, daß er auf rechtem Wege ist. Solche Filme treiben Maschinensozialisten, erklären jeden Mechanismus, jeden noch so komplizierten Apparat. e. b.

Neues von der Milchstraße. Die Astronomie hat sich in neuester Zeit besonders dem Studium der Milchstraße zugewendet, weil ihr Aufbau und ihre Helligkeit wichtige Schlüsse auf das ganze Sternensystem zulassen. Zwei neue Veröffentlichungen, über die A. Kopff in den „Naturwissenschaften“ berichtet, bieten wertvolles Material. So hat die Sternwarte in Lenden die überaus sorgfältigen Zeichnungen der nördlichen Milchstraße herausgegeben, die Julius Schmidt schon früher als Direktor der Sternwarte zu Athen ausführte und die sich bisher unveröffentlicht in Potsdam befanden. Diese Karte, die zu den vorzüglichsten Darstellungen der Milchstraße gehört, enthält auch die südliche Milchstrahengegend, mit der sich neuerdings E. Baileys beschäftigt hat. Er machte auf der Sternwarte des Harvard College in Arequipa zu Peru eine große Anzahl photographischer Aufnahmen der südlichen Milchstraße, die sich als eine der sternreichsten und hellsten herausstellte. Aus den für dieses Gebiet aufgefundenen Sternzahlen geht hervor, daß das Phänomen der Milchstraße vorwiegend durch die starke Anhäufung sehr schwacher Sterne bedingt ist. Es zeigt sich, daß die kleineren Sterne, besonders von der 13. bis 15. Größenklasse, in der Milchstraße bei weitem am zahlreichsten sind, während noch schwächere Sterne dann allmählich wieder in geringerer Zahl auftreten. Man hat es hier mit einer ausgeprochenen Wolkenbildung zu tun. Ueberhaupt scheinen die dunklen, sternarmen Flächen der Milchstraße mit ganz schwach und unregelmäßig leuchtenden Nebelmassen erfüllt, auf deren abföhrernde Wirkung im wesentlichen das Fehlen der Sterne zurückzuführen ist. Das außerordentlich vielgestaltige Aussehen der Milchstraße wird danach durch vorgelegerte absorbierende Wolken ganz wesentlich bestimmt.

Rehrobel gemacht wird, dann darf der Ertrag, den sie bringt, auch nicht den Bestehenden überlassen werden.

Wie oft ist über Diktatur diskutiert worden. Jetzt ist die Diktatur nicht von uns, sondern von der anderen Seite verlangt worden. Wenn heute nur einige Männer in Deutschland die Zügel der Regierung in die Hand bekommen sollten, dann müßten wir die Konsequenz daraus ziehen, unsere Diktatur einzuführen. (Beifall.) Es ist gesagt worden, daß es besser sei, in der Regierung zu sein, wenn man die Macht einem Direktorium übertrage. Aber es ist falsch, zu erwarten, daß unsere drei Genossen zu großen Einflüssen hätten. Die drei maßgebenden Ministerien: Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik liegen in den Händen der anderen. Die Minderheit war der Auffassung, daß man Sozialpolitik und Finanzwirtschaft nicht trennen könne; denn das Direktorium hat mit seiner finanzpolitischen Ermächtigung die Möglichkeit, die Betriebssteuer aufzuheben, die Betriebssteuer abzubauen und dem mit der Steuergesetzgebung unzufriedenen Bayern entgegenzukommen. — Wenn unsere Freunde im Kabinett jedesmal demissionieren wollten, dann müßten sie bereits morgen wieder ihren Austritt erklären. Schon bei der ersten Beratung, die gestern über die Erwerbslosenfürsorge stattfand, hat sich gezeigt, wieviel Differenzen bestehen. Was ich persönlich mißbillige, ist, daß unsere Partei Schritt für Schritt zurückgeworfen wird. Erst haben wir nur die Finanzermächtigung verlangt, dann aber haben wir auf wirtschaftlichem und schließlich auf sozialpolitischem Gebiet nachgegeben. Eine neue Koalition ist nicht nur mit ideologischen Opfern unfererseits belastet, sondern wir haben auch materielle Opfer gebracht und in der Verfassung festgelegte Grundzüge preisgegeben. Wir wissen doch jetzt, mit wem wir uns verheiratet haben. Und in dieser Zusammenlegung glaubt man, daß unsere drei Leute irgend etwas erreichen können. Wenn Sie diese Republik so weit aushöhlen, daß die Arbeiterrechte verschwinden, dann ist es nicht mehr die Republik, die Sie bis jetzt verteidigt haben. Es ist dann nur noch eine kleinbürgerliche Republik. Man soll doch den Einfluß der Koalition nicht mehr so einschätzen, wie der Genosse Herz es getan hat. Ich will zugeben, daß wir augenblicklich hätten mehr erreichen können, wenn wir

Die bayerischen Hemmungen

nicht gehabt hätten. Unsere Genossen in der Koalition wollten zweifellos gegen Bayern energisch durchdringen. Aber die Koalitionsregierung hat sich dazu nicht aufschwingen können, weil in ihr selbst die Hemmungen zu groß waren. Es glaubt doch wohl niemand, daß Zentrum und Demokraten die Energie aufbringen werden, die nötig ist, um zu verhindern, daß sich das Feuer von Bayern über ganz Deutschland ausbreitet. Jetzt wird Bayern weiter daran gehen, die Autorität des Reiches zu unterhöhlen. Man hat den Ausnahmezustand erklärt, um Bayern zu treffen. Und das Ergebnis ist, daß Bayern sich um diesen Zustand gar nicht kümmert. Und der Ausnahmezustand wirkt nun gerade gegen diejenigen Staaten, in denen die Arbeiter eine gewisse Machtposition errungen haben. (Sehr richtig!) Sachsen und Thüringen sind jetzt Machtpositionen, für uns, die wir stärken müssen. Welche Empfindungen müssen die Genossen in Sachsen haben, wenn man ihnen einen General auf die Nase legt, der sich eindeutig gegen die Arbeiterklasse wendet und wenn man in Thüringen verordnet, daß die lebenswichtigen Betriebe nicht streiken dürfen. Dadurch wird den Bergarbeitern unmöglich gemacht, Kämpfe um ihre Arbeitsbedingungen zu führen. Der General des hiesigen Werkzeugs hat die „Vollzeitung“ verboten. (Zuruf: Ist wieder erschienen!) Der „Vorwärts“ wird natürlich nicht verboten.) Wenn sie auch wieder erschienen ist, so ist das ein Symptom, das kennzeichnend für die Lage ist. Die Berliner Funktionäre müssen verlangen, daß man mit der militärischen Diktatur Schluss mache. Genosse Herz hat erklärt, daß es keinem leicht geworden sei, der Koalition zuzustimmen. Auch ich kann bestätigen, daß die Genossen schwer gerungen haben. Niemand darf an ihren guten Willen zweifeln. Aber, Genossen, die Gründe, die der Genosse Herz angeführt hat, kann ich nicht anerkennen. Wenn

Die Gefahr des Bürgerkriegs

des Putschs, wenn Blut und Feuer in nächste Nähe gerückt sind, und ich glaube, daß diese Prognose richtig ist, so ist das geschehen, weil die Reaktion der Reichslisten verbunden ist mit der Reaktion der Schwerindustrie. Diese Gefahr verhindern wir nicht damit, wenn wir in die Regierung hineingehen und mitverantwortlich gemacht werden für das, was jetzt geschieht. Genossen! Wir wollen keine schließende Krise, damit wir noch kompromißlos bleiben. Diese schließende Krise ist deshalb die größte Gefahr, weil es in ihrem Verlauf schwerhalten wird, die Arbeiterklasse zusammenzufassen. Auch vom Standpunkt derer, die da glauben, Freunde der Koalition sein zu müssen, ist es mir unverständlich, daß man nun glaubt, noch ein paar Wochen hineingehen zu müssen, um Schlummeres zu verhalten. Wenn die jetzige Regierung nur eine Liquidationsregierung für den Kapitalismus ist, warum müssen wir dabei sein. Statt uns frei vorzubereiten auf die Kämpfe, die kommen werden. (Beifall.) Auch in Berlin haben wir mit der faschistischen Gefahr zu rechnen, wie auch im ganzen Reich. Daneben haben wir dann dieses wirtschaftliche Direktorium, in dem wir nichts zu sagen haben. In dieser Entwicklung haben die anderen die Möglichkeit, ihre Rüstungen ungehindert zu vollenden, weil uns durch die Berordnung die Hände gebunden sind. Ich verstehe nicht, warum immer gesagt wird, daß die Koalition eine Machtposition bedeute. Kann es etwas Schlimmeres geben, als daß man unsere Genossen in der Regierung zwingt, Pläne vorzulegen, die sie selbst nicht vertreten?

Die Minderheit der Fraktion

war der Auffassung, daß in diesem Augenblick es sich bei der Frage der Parteidisziplin auch um eine Frage des Gewissens handelte. Wie lange haben wir gerungen, ob wir nicht im Plenum unsere Stimmen gegen das Ermächtigungsgesetz abgeben sollten. Nachdem die Abstimmung in dieser Frage nicht freigegeben worden ist, haben wir beschlossen, uns der Stimme zu enthalten und sind so bis zu einem gewissen Grade mitschuldig geworden an den Dingen, die sich jetzt entwickeln. Wir sind zu dieser Stellungnahme gekommen, weil wir wußten, daß ein offenes Vorgehen im Plenum gegen den Beschluß der Mehrheit in der Abstimmung zu organisatorischen und anderen Folgen führen würde. Es handelt sich nur um eine kurze Zeit, in der die Auseinandersetzung kommen wird. Da haben wir die Pflicht, die Partei geschlossen und kampffähig zu erhalten. Nur aus dieser Auffassung heraus sind wir zu dem Ergebnis gekommen, der Abstimmung fernzubleiben. Wenn man sich nur auf die formale Disziplin stützt, so kann man der Meinung sein, daß ein Mehrheitsbeschluß gegen die Grundzüge der Partei ebenfalls als ein Bruch der Parteidisziplin zu betrachten ist. Um das Vertrauen der Genossen zur Partei zu erhalten, sind wir gegen unsere Ueberzeugung und unter schweren Gewissensbedenken davon abgekommen, offen unsere Meinung im Reichstag zu vertreten. (Zuruf: Freiheit!) Das überläßt ich Ihrer Entscheidung. Wir sind zu diesem Handeln gekommen, weil wir die Partei brauchen und weil wir der Meinung sind, daß die Parteigenossen, die noch vor vierzehn Tagen Anhänger der Koalition waren, inzwischen erleuchtet werden. Ich glaube gezeigt zu haben, daß sich die Opposition der schmerzlichen Verantwortung, die auf ihr lastet, bewußt geworden ist. Wenn diese Opposition einen Sinn haben soll, dann muß auch auf der anderen Seite etwas geschehen, was der Stimmung der Mehrheit im Lande entspricht. (Beifalliger Beifall.)

Wenn man verhindern will, daß die Genossen sich von der Partei wenden, wenn man die Enttäuschten zurückhalten will, um die unflinige Partei der Spaltung zu verhindern, dann brauchen wir ein Höchstmaß von gegenseitiger Toleranz.

Wir denken nicht an Spaltung

Aber man muß die starken geistigen Strömungen, die in der Partei vorhanden sind, zum Ausdruck kommen lassen. Es genügt nicht, daß die Minderheit hinter verschlossenen Türen ihre Meinung sagt.

(Beifalliger Beifall.) Dann muß es möglich sein, im „Vorwärts“ die Probleme zu behandeln. Der Genosse Stampfer wird mir wieder antworten, daß er nicht so zu schreiben habe, wie es der Genosse Aufhäuser wünsche, sondern nur so, wie die Mehrheit der Fraktion, des Parteivorstandes und des Parteiausschusses beschloßen hätten. Aber darum kann man doch auch die Gedanken der anderen zum Ausdruck kommen lassen. Wenn das geschehen wäre, wäre die Spannung in der Partei bei weitem nicht so groß, dann hätten die Parteigenossen draußen teilnehmen können an dem Meinungs-austausch. Und dann wäre zum zweiten Male keine Koalition gebildet worden. Ich bin mit dem Genossen Herz darin völlig einverstanden, daß man das Parteilieben nicht vergiften dürfe. Wir dürfen aber auch nicht an dem guten Willen und dem guten Glauben der anderen Meinung zweifeln. Wir brauchen für die Entscheidungen, die uns bevorstehen, ein kameradschaftliches Verhältnis innerhalb der Partei und in der Fraktion. Wir müssen in der Partei die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir bei den kommenden Kämpfen nicht unvorbereitet stehen. Wir müssen uns vorbereiten auf den Tag, an dem die Koalition zerbricht. Dann sind wir nicht allein, dann stehen auch die Gewerkschaften auf der Seite der Partei. Um die Macht wieder zu erlangen, gibt es keinen besseren Weg, als uns im Kampf zu stärken. Die Arbeiter sind bereit, straffe Disziplin zu halten, aber sie verlangen, daß die Führung auch das erkennt, was an dumpfem Grollen in der Arbeiterklasse vorhanden ist. (Beifall.) Die Massen sind unzufrieden, weil zu wenig Aktivität entwickelt wurde. Wenn unsere Partei den Willen bekundet, den anderen die Zähne zu zeigen, so wird das auch den Faschisten beweisen, daß wir noch da sind. Es kommt darauf an, durchdrungen zu sein von der Ueberzeugung, daß uns die Macht innewohnt, um diesen Kampf durchzuführen. Was ich uns allen wünsche, das ist der Wille zur Macht. (Beifall.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, von einer Diskussion Abstand zu nehmen und nunmehr in die

Beratung der Anträge

die zur Tagesordnung des Parteitages gedruckt vorliegen und deren Kernpunkt die Neuwahl des Vorstandes ist, einzutreten. Genosse Küster beendete den Antrag des 13. Kreises, Genosse Lauer den des 9. Kreises und Genosse Vogt den der 14. Abteilung Wedding, der das Verhalten des Bezirksvorstandes bei der Leitung der Funktionärerversammlung am 14. August im Lehrereisenhaus mißbilligte.

Genosse Heilig: Sie haben heute die Absicht zu einer Wahl zu geben, ohne die Gesamtheit unserer Mitglieder gefragt zu haben. (Stürmische Unterbrechung.) Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzenden, Ruhe zu schaffen. Es ist davon gesprochen worden, daß der Bezirksvorstand die Meinung der Gesamtpartei widerspiegeln solle. Das ist noch niemals der Fall gewesen, weil bisher noch niemals unter dem Gesichtspunkte eines bestimmten politischen Bekenntnisses gewählt wurde. Wir haben sehr häufig erlebt, daß die Mehrheit nicht einer Meinung des Vorstandes war. Wenn sie aber auf Grund der Ueberzeugung der politischen Anschauung immer wieder einen neuen Vorstand wählen wollten, dann führt das zu unhaltbaren Konsequenzen, an denen das Parteilieben zerbrechen muß. (Große Unruhe.) Der jetzige Bezirksvorstand ist gewählt worden als der Einigungs-vorstand. In ihm sind alle Richtungen und Auffassungen vertreten. Sie wollen anstelle eines Vorstandes, der den Willen der Gesamtpartei vertritt, einen Richtungs-vorstand. Und das ist ein Unsinn für die Partei. Ich weiß, Sie werden das tun. Nichts wird Sie davon abhalten. Aber es ist eine Sünde an der Partei, die heute hier begangen wird. (Beifall und Widerspruch.)

Ein Schlufantrag wird mit Schwacher Mehrheit abgelehnt, nachdem Genosse Hilderding gebeten hätte, ihn anzuhören.

Genosse Thurau: Wir sind jetzt an dem kritischsten Punkt der Tagung angelangt. Ich bin der Meinung, daß der Vorstand nur arbeiten kann, wenn er die nötige Autorität hat. Dazu bedarf er des Vertrauens der Mitglieder. Wird der Vorstand wiedergewählt, gut, dann hat er die Autorität. Andersfalls muß trotz der Gefahren, die es in sich birgt, ein neuer Vorstand gewählt werden.

Hilderding: Parteigenossen! Es ziemt sich nicht für mich, in die organisatorischen oder Personalfragen einzugreifen, weil ich mich in den letzten Wochen nicht um die Berliner Organisation so wie bisher kümmern konnte. Ich möchte über die politische Situation ein paar Worte sagen, weil die Vorstandswahl, die Sie jetzt vornehmen wollen, aus politischen Gründen erfolgen soll und weil ich glaube, daß meine Ausführungen auf Ihre Entscheidung von Einfluß sein können. Was bedeutet die letzte Krise? Diese letzte Krise ist eingeleitet und vorbereitet worden in einer so umfassenden Weise, daß alle Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Was sich jetzt vollziehen sollte, das war

der trodene Rechtsputsch.

Die Leute hatten auch schon den General, der sie führen sollte, und ein umfassendes Programm an der Hand, das dahin ging, angeht die gegenwärtigen Politik den Bruch zu vollziehen, Rheinland und Ruhr fahren zu lassen, und es im übrigen Deutschland so zu machen, wie es Herr Kahr in Bayern gemacht hat und den gesamten Einfluß der Arbeiterklasse zu vernichten, sowie eine Diktatur der gesamten auf ihrer Seite stehenden Bürgerschaft zu errichten. Diese Gefahr ist groß geworden, als sich Herr Kahr in Bayern etablieren konnte. Das war das Signal für die Kreise in Deutschland, die ihre Stunde für gekommen hielten. Die Erklärung der Volkspartei, die die Kreise eröffnete, brachte zum Ausdruck, daß man im Augenblick mit Bayern nicht brechen könne, und das war die Solidaritäts-erklärung mit Kahr. Das war die Frage, die zu entscheiden war: Soll noch einmal der Versuch gemacht werden, die Große Koalition aufrechtzuerhalten, oder soll man sich der Rechtsdiktatur fügen? Wie schwer die Entscheidung gefallen ist, dafür nur das eine: Genosse Aufhäuser hat von der Mehrheit gesprochen; aber er vergißt, daß er bis vorgestern auch noch zur Majorität gehörte. (Hört! hört!) Denn bis vorgestern war die Situation so, daß der Bruch unvermeidlich erschien. Und als ich Sonnabendnacht Hermann Müller traf, sagte er mir: „Der Bruch wird jetzt vollzogen.“ Das zeigt, daß auch die Führung der Partei bis zum letzten Augenblick der Meinung war, daß der Bruch unvermeidlich sei. Die Genossen, die nachher in der Minderheit blieben, waren diejenigen, die anders dachten über die politischen Zusammenhänge.

Die Vorbereitungen zum Putsch

waren auch in anderer Beziehung viel umfangreicher, als das bisher bekannt ist. Während der Regierung Cuno sind unter allen möglichen Vorwänden Verbindungen geschaffen worden, die einen ziemlich umfangreichen angehen hatten. Und diese Verbindungen stellen immerhin eine große Gefahr dar, und was in Lüfteln passiert ist, das sollte in einer ganzen Reihe anderer Orte gleichzeitig geschehen. Und ich habe noch heute die Ueberzeugung, daß es geschehen wäre, wenn nicht Genosse Severing auch hier wieder mit Einsetzung seiner Person in geradezu bewundernswürdiger und aufopferungsvoller Weise sich eingelezt und diese Dinge verhindert hätte. Er konnte sie nur verhindern, weil er in Preußen Innenminister war und weil gleichzeitig das Reichsministerium des Innern in den Händen der Sozialdemokratie war. Wenn dem nicht so gewesen wäre, wäre Küstrin anders ausgefallen, und dann sehen wir heute nicht mehr hier. Die Reichswehr hat sich als loyal erwiesen. Ich habe die Auffassung, daß die Reichswehr ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung ist, aber eine verfassungsmäßige Regierung kann auch eine Rechtsregierung sein, und daß die Reichswehr im Auftrage einer Rechtsregierung viel leichter schußfähig, darüber besteht doch wohl kein Zweifel. Die Genossen, die der Koalition zugestimmt haben, gingen von der Ueberzeugung aus, daß im Augenblick im Reich

eine Rechtsregierung die größte Gefahr

sei. Den Faschisten lände eine unbewaffnete Arbeiterklasse gegenüber. Reichswehr, unterstützt von Organisationen, die bewaffnet

gut ausgerüstet und geführt sind. (Zuruf.) Geben wir uns doch keinen Illusionen hin. Wir sind die Schwächeren, weil Studenten, weite Kreise der Intellektuellen, heute mutiger sind als die Arbeiterklasse. Sie sind besser geführt. (Große Unruhe. Zuruf: Und unsere Führer?)

Der Verammlung, die bisher lauslos den Ausführungen des Genossen Hilderding gelauscht hatte, bemächtigt sich eine ungeheure Unruhe. Erregte Diskussionen unter den Delegierten und den Zuhörern machen jede weitere Verhandlung zunächst unmöglich.

Genosse Hilderding tritt vor, schlägt mit der Faust auf das Rednerpult und ruft mit großer Erregung: „Sie haben mir durch Geschäftsordnungsmäßigen Beschluß das Wort gegeben. Ich verlange jetzt, daß ich reden kann. Es ist ein Skandal, wie Sie sich benehmen, das wollen Funktionäre sein.“

Der Vorsitzende Genosse Schlegel verschafft sich nur mit Mühe Gehör und als Genosse Hilderding weiter zu reden beginnt, erfolgen laute Unterbrechungen an einzelnen Stellen des Saales, die zu neuer allgemeiner Unruhe Veranlassung geben. Endlich gelingt es Genossen Schlegel, an die Verammlung die Frage zu richten, ob Hilderding weiter reden soll, was alleseitig mit stürmischem Ja beantwortet wird. Es gelingt schließlich, einzelnen Widerspruch zu unterdrücken.

Genosse Hilderding (fortfahrend): Der Einfluß, den wir auf die Massen haben, ist geringer geworden. Unsere Presse geht zurück. (Zuruf: Wenn sie so schreibt wie der „Vorwärts“!) Nein, auch dort geht sie zurück, und gerade dort, wo sie radikal redigiert ist. Auch der Einfluß der Gewerkschaftspresse vermindert sich ständig. Die Gewerkschaften selbst sind durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten außerordentlich geschwächt worden. Wir wissen, daß ein großer Teil derjenigen, die 1918/19 aus dem Felde zurückkehrten, sich indifferent und unangehörig der politischen Bewegung angeschlossen, heute im nationalsozialistischen Lager stehen. (Zustimmung.)

Man hat den Leuten immer und immer wieder gesagt, daß die Führer nichts taugen. Wie soll da Vertrauen zu den Führern entstehen!

So steht es in der Partei und in den Gewerkschaften. Genossen, wir wollen uns keine Illusion vormachen. Was wir jetzt erleben, ist keine deutsche Erscheinung. Sucht Euch doch in der Welt um. Heberall sieht ihr die Zerschlagung der Sozialdemokratie. Es gibt heute kein großes Land, in dem eine starke Sozialdemokratische Partei besteht. In England ist die große Labour Party nach ihrem Wahlsieg kaum noch in der Lage, ihr Tageblatt zu erhalten. In kleineren Ländern steht die Sozialdemokratie machtlos da, weil diese Länder von den wirtschaftlichen Krisen weniger berührt wurden, und weil sie dort ihre Einheit erhalten konnte.

Wir denken viel zu wenig an die Aufgabe des Vertrauensmannes. Wir lassen sie in Deutschland falsch auf. Wenn wir beraten, dann ist die schwerste Kritik nicht nur zulässig, sondern unter Umständen Pflicht. Aber es ist notwendig, daß Kameradschaft herrsche, den anderen objektiv anzuhören, und daß man das, was in den Beratungen herausgekommen ist, geschlossen vertritt. War es denn schon früher wirklich richtig, daß, wenn die Genossen Kautsky und Bernstein theoretische Meinungsverschiedenheiten auszurotten wollten, wir uns an den Parteitag die Köpfe einschlugen mußten? Aber damals war das dennoch verhältnismäßig harmlos. Damals war die Sozialdemokratie moralisch noch stark. Dann kam die Spaltung. Gegenseitige Belämpfung, gegenseitiges Herunterreißen. Der Spaltung folgten weitere. Und die Folge war, daß die Arbeiterklasse, die aus dem Kriege zurückkehrte, kein Vertrauen mehr zur Führung hatte und sich nun den Nationalsozialisten zuwendete. (Beifall.)

Soll das so weiter gehen?

Haben wir dazu die Einigung gemacht? Wir sind in der schwersten, in der unglücklichsten Lage, in der Partei und Arbeiterbewegung sich jemals befunden haben. Die Konturrevolution schreitet fort, Tag für den Tag. Ich weiß nicht, ob sie aufzuhalten sein wird. Aber in vier oder acht Wochen werden Sie über viele Fragen, über die Sie sich heute hier unterhalten haben, kein Wort mehr verlieren. Ich weiß nicht, ob dann überhaupt noch Versammlungen möglich sein werden, ob wir überhaupt noch eine Presse haben werden. Wenn die Arbeiterklasse weiter mit dem Ministerium fortfährt, dann gibt es überhaupt keine Rettung mehr und dafür sind Sie mit verantwortlich. In acht Wochen wird es nur noch einen Unterschied geben zwischen denen, die davonlaufen und denen, die der Partei die Treue halten. (Beifalliger Beifall.)

Genosse Richter (Reichsbrüderer): Vertrauen zwischen Masse und Führer muß hergestellt werden. Der Vorstand kann nur arbeiten, wenn er das Vertrauen der Mitglieder besitzt. Wir sind von einer Resolution zur andern geschritten, aber keine ist in die Tat umgesetzt worden. Der Bezirksvorstand hätte deshalb schon längst Vorbereitungen für die Wahl treffen müssen. Weil er das nicht getan hat, macht es den Eindruck, als ob er an seinem Amt febe. Aus diesem Grunde stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Neuwahl jetzt erledigt werden muß.

Ein Schlufantrag wird angenommen.

Genosse Schlegel: Als damals die Anträge auf Neuwahl des Vorstandes kamen, habe ich erklärt, daß wir bereit sein müßten, unsere Mandate zur Verfügung zu stellen, wenn die über diesen Punkt zu erfolgende Aussprache ergibt, daß die Vorwürfe derart schwer sind, daß unter keinen Umständen ein Vertrauensverhältnis herzustellen ist. Der jetzige Vorstand ist im Februar/März geschaffen worden. Man war sich von vornherein darüber klar, daß durch das jahrelange Auseinanderarbeiten unzählige Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein würden, daß aber gegenseitige Duldsamkeit eintreten müsse. Ich habe meinen Posten nie so aufgefakt, daß ich nur die Meinung der Masse zu sagen hätte. Denn Sie der Ansicht sind, daß der neue Vorstand, den Sie wählen, angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage immer die Meinung der Masse zum Ausdruck bringen können wird, dann sind Sie im Irrtum. Sie werden ständig Neuwahlen vornehmen müssen. Weil ich einmal eine andere Meinung gehabt habe, soll ich gleich davonlaufen? Das ist Fahnenflucht. Das können Sie nicht verlangen. Und darum werden Sie begreifen, warum wir nicht sofort dem Wunsch eines Teiles der Parteigenossen gefolgt und ohne weiteres gegangen sind. Niemand wird mir ernstlich vorwerfen können, daß ich die Geschäfte nicht objektiv geführt hätte.

Ich begreife den Unmut der Genossen über eine Reihe von Dingen. Aber ich bin jahrelang Gewerkschaftsführer gewesen und weiß, wie schwer die Dinge zu meistern sind. Ich weiß aber auch, daß alle diese Dinge durch zwangsläufige außenpolitische Verhältnisse so sind. Die Partei kann deshalb nicht immer das tun, was wünschenswert ist. Aktivier sollten wir sein. Aber als wir die Genossen zur Aktivität aufgerufen haben, da haben sie uns im Stich gelassen. Ich bin bereit zurückzutreten, aber ich halte dafür, daß der Bezirksvorstand sich seiner Verantwortung bewußt ist. Ich lege persönlich nicht den geringsten Wert auf meine Wiederwahl, werde mich aber unter allen Umständen nach Möglichkeit weiter in den Dienst der Partei stellen. Ob wir aber nicht durch eine Neuwahl das Gegenteil von dem erreichen, was wir erreichen wollen, das erfallt mich mit langer Sorge.

Der Bezirkstag beschließt dann mit 219 gegen 215 Stimmen, die Wahl sofort vorzunehmen. Der Bezirkstag wird auf Antrag aus der Mitte der Versammlung um 10 Minuten vertagt, um den Kreisvertretern die Möglichkeit zu verschaffen zu geben. Nach der Wiedereröffnung des Parteitages erklären einige Vertreter großer Kreise (Lichtenberg, Reutßen, Prenzlauer Berg u. a.), daß sie aus Mangel an Vorbereitung nicht in der Lage seien, Vorschläge zu machen, so daß nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen wurde, die Wahl in den Kreisen und Abteilungen vorzubereiten und sie am 21. Oktober vorzunehmen.

